

AUS DEM BUNDESTAG

BETTINA M. WIESMANN MdB



6. Juli 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

am letzten Tag vor der parlamentarischen Sommerpause hat die Ampelkoalition endlich einen Haushaltsentwurf für 2025 vorgelegt. Für eine eingehende Auseinandersetzung mit den Inhalten des Entwurfs in dieser Sitzungswoche kam das zu spät. An kontroversen, aber auch erfreulichen Debatten und Entscheidungen hat es in dieser Woche trotzdem nicht gemangelt.

Zur Obfrau im Familienausschuss gewählt

Am Dienstag (2.7.) bin ich mit 95% Zustimmung von der CDU/CSU-Fraktion zur Obfrau im Familienausschuss des Deutschen Bundestags gewählt worden. Für das große Vertrauen, das mir meine Fraktion mit dem Abstimmungsergebnis signalisiert hat, bin ich sehr dankbar. Ich werde mich nach Kräften dafür einsetzen, dass unsere Interessen gegenüber den anderen Fraktionen gewahrt werden. Mein Dank gilt auch meiner Arbeitsgruppe *Familie*, die den Vorschlag einstimmig auf die Reise schickte und mich damit zur stellvertretenden Vorsitzenden bestimmte. Und besonders danke ich meiner Kollegin und Freundin Dr. Katja Leikert MdB für ihre engagierte und umsichtige Arbeit als meine Vorgängerin. Katjas kürzlich getroffene Entscheidung, bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr anzutreten, bedaure ich sehr.

Ich werde das neue Amt nutzen, um Familien als Fundament des Zusammenhalts und Zukunftsschmieden der Gesellschaft sowie Kinder, Jugendliche, Frauen und Senioren in ihren besonderen Bedürfnissen und Anliegen zu stärken. Außerdem möchte ich mich für das Ehrenamt und für bürgerschaftliches Engagement als Ausdruck von Solidarität und Subsidiarität sowie für Extremismusbekämpfung, Minderheitenschutz und Demokratiebildung einsetzen.

Effektivere Versorgung von Kindern und Familien mit psychisch oder suchtkranken Eltern

Am Donnerstag (4.7.) haben wir den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen“ im Plenum des Deutschen Bundestags beraten. In meiner Rede dazu habe ich hervorgehoben, dass die Wahrscheinlichkeit, psychisch krank zu werden, bei Kindern psychisch erkrankter Eltern drei bis vier Mal höher ist als bei anderen Kindern. Es ist uns daher wichtig, dass diese Kinder präventiv unterstützt werden, ohne Umwege und effektiv. Wir wollen, dass die Kostenträger und die Leistungserbringer besser zusammenarbeiten können. Dazu gibt es schon Vorschläge, die einfach nur umgesetzt werden müssen. Es ist vor allem eine Frage der Organisation, die wenig kostet, aber viel

bringt, nämlich Schutz und Sicherheit der Kinder in ihren Familien. Es ist deshalb gut, dass sich eine fraktionsübergreifende Initiative gebildet hat, die genau da ansetzt.

Schwangerschaftskonfliktgesetz

Mit einem Gesetz zur Einschränkung und Strafbewehrung von Demonstrationen gegen Abtreibungen, den sogenannten Gehsteigbelästigungen, will die Ampel schwangeren Frauen im Schwangerschaftskonflikt den Zugang zu Beratungsstellen und Abtreibungspraxen sichern. Ein überflüssiges Gesetz, denn auf einer Zusammenstellung des Familienministeriums der ihm von den Ländern gemeldeten Fälle von „Gehsteigbelästigung“ sind gar keine solche Vorkommnisse zu finden. Ebenso ergab eine Umfrage von Donum vitae unter seinen deutschlandweit 200 Beratungsstellen, dass in deren Umfeld ebenfalls keine Fälle von Gehsteigbelästigung bekannt seien. Das Gesetz nimmt nun die angeblichen Belästigungen zum Anlass, um generell Demonstrationen von Abtreibungsgegnern im Umkreis von 100m um Beratungsstellen und Abtreibungspraxen zu verbieten, mit einer Strafanschuldung von 5.000 Euro. Eine unverhältnismäßige Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, zumal die Persönlichkeitsrechte der ratsuchenden Frauen bereits rechtlich geschützt sind.

In meiner Rede vor dem Bundestag am Freitag (5. Juli) habe ich die Ampel gewarnt, den seit Jahrzehnten bewährten gesellschaftlichen Konsens aufzukündigen: Abtreibung ist strafbar, außer die Schwangere lässt sich beraten und den Eingriff von einem anderen Arzt vor Ablauf der 12. Woche durchführen. Über 100.000 Frauen entscheiden sich – traurigerweise – jedes Jahr dafür. Anders als die Ampelparteien behaupten, ist Abtreibung aus sozialen Gründen also möglich. Uns als Union ist es wichtig, das Grundrecht auf Leben des ungeborenen Kindes genauso hochzuhalten wie das Selbstbestimmungsrecht der Frau und die zwischen diesen Rechtsgütern mit dem §218 StGB gefundene Balance nicht zu gefährden.

Landwirtschaft entlasten!

Mit unserem Antrag „Landwirtschaft tatsächlich entlasten – Ampelversprechen umgehend umsetzen“, den wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten haben, haben wir die Bundesregierung aufgefordert, ihren Ankündigungen Taten folgen zu lassen: Die Bundesregierung sollte endlich einen Gesetzesentwurf vorlegen, mit dem die von der Regierungskoalition deutlich erhöhte steuerliche Belastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe insgesamt auf ein Niveau abgesenkt wird, das dem europäischen Durchschnitt entspricht. Darüber hinaus braucht es Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung der Liquidität sowie einen raschen und spürbaren Abbau der bürokratischen Lasten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Dass diese Entlastungen dringend geboten sind, wurde einmal mehr bei der Pressekonferenz des Deutschen Bauernverbandes am Montag (1.7.) auf dem Hofgut unseres Kreislandwirts Dr. Matthias Mehl in Frankfurt deutlich. Verbandspräsident Joachim Rukwied zeigte auf, mit welchen Herausforderungen die Landwirte in Deutschland konfrontiert sind. Der Regen der vergangenen Monate macht ihnen ebenso zu schaffen wie steigende Produktionskosten. In Hessen kommt noch die Afrikanische Schweinepest hinzu. Karsten Schmal, Präsident des Hessischen Bauernverbandes, lobte in diesem Zusammenhang die Bemühungen des hessischen Landwirtschaftsministeriums, die Ausbreitung einzudämmen. Mit Blick auf Europa betonte Rukwied, dass der Bauernverband die Unterstützung des Abwehrkampfes und die Integration der Ukraine in die EU vollumfänglich unterstützt. Angesichts der

strukturellen Unterschiede zwischen der Ukraine und Deutschland - z.B. hinsichtlich der Größe von landwirtschaftlichen Betrieben und Flächen - gelte es jedoch, die EU-Integration sehr sorgsam vorzubereiten, um dauerhaft einen fairen Wettbewerb in der EU sicherzustellen.

Grenzkontrollen an deutschen Grenzen weiter notwendig

Mit unserem Antrag „Die Grenzkontrollen haben sich bewährt – Deutschlands Grenzen auch über die Europameisterschaft hinaus schützen“ haben wir das aktuelle Thema der Binnengrenzkontrollen während der Fußball-Europameisterschaft aufgegriffen. Die Notwendigkeit für Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen haben die jüngsten Maßnahmen gezeigt: Seit dem 7. Juni 2024 schützt die Bundespolizei alle land-, luft-, und seeseitigen deutschen Grenzen. In den seither vergangenen drei Wochen vollstreckte die Bundespolizei an den Grenzen 603 offene Haftbefehle, stellte 85 Fahndungstreffer mit Bezügen zur politisch-motivierten Kriminalität fest, nahm 150 Schleuser in Gewahrsam und stellte 4.659 unerlaubte Einreisen fest. Wir fordern deshalb, die Notifizierung der Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen bis auf weiteres über die Dauer der Fußball-Europameisterschaft hinaus zu verlängern, um der Bundespolizei so lageangepasste Grenzkontrollen zu ermöglichen. Diese Maßnahmen können ohne gravierende Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr durchgeführt werden – was zudem ganz praktisch zeigt, dass kontrollierte Grenzen dennoch offene Grenzen bleiben. Die Bundespolizei hat hinreichende Erfahrungen, um die Kontrollen so flexibel und lageangepasst vorzunehmen, dass Auswirkungen auf die Öffentlichkeit minimiert werden.

Im Gespräch mit Frankfurter Schülergruppen

Zwischen Abstimmungen, Plenardebatten, Fraktions-, AG- und Ausschussarbeit hatte ich in dieser Woche die Freude, mich mit gleich drei Schülergruppen der Jahrgangstufen 9 bis 11 aus Frankfurt zum Gespräch zu treffen. Während mich die Schüler des Heinrich-von-Gagern-Gymnasiums am Dienstag und die der Elisabethenschule am Donnerstag im Rahmen ihrer Studienfahrten im Berliner Reichstagsgebäude besuchten, traf ich bereits am Montagmorgen in Frankfurt die Schüler der Anna-Schmidt-Schule. Es ist immer bereichernd, mit Jugendlichen über Politik zu sprechen. Dabei erfahre ich viel darüber, was sie bewegt – vom Nahost-Konflikt über die Klimapolitik bis hin zur Frage, wie der Wohlstand unseres Landes auch für kommende Generationen erhalten werden kann. Zugleich merke ich bei diesen Gesprächen, wie wichtig es ist, junge Menschen zum offenen Diskurs einzuladen und dabei auch die Kontroverse nicht zu scheuen. Denn nur so kann politisches Interesse wachsen und die Bereitschaft zur demokratischen Mitwirkung entstehen.

Ihre

Bettina M. Wiesmann MdB